

Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal Amtliches Verordnungsblatt

Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 6.00 Mark mit der Beilage „Christliche Familie“ 9.00 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung“ erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Für die Schriftleitung verantwortlich: Carl Simonowski, Steinheim.



Anzeigenpreis: Die einspaltige Grundzeile (Bett, 45 mm breit) oder deren Raum 80 Pfg., die zweispaltige (Bett, 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark. Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden. Druck und Verlag: Carl Simonowski, Steinheim i. Westf.

Nr. 24.

Steinheim, Dienstag, den 1. März 1921.

26. Jahrgang.

Die deutschen Gegenvorschläge.

Wie an die Grenze der Leistungsfähigkeit. Ueber das Ergebnis der Schlussberatungen der Sachverständigen wird amtlich gemeldet:

Die unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Simons abgehaltene Schlussberatung der Sachverständigen aus allen Gebieten des berufständischen Lebens kam zu dem einhelligen Ergebnis, daß die Annahme der Pariser Forderungen aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen unmöglich sei, und daß jeder Versuch, eine Lösung auf der Grundlage der Pariser Vorschläge zu finden, zu einem Zusammenbruch der Weltwirtschaft führen müsse. Eine von den Sachverständigen gutgeheißene Denkschrift weist diese Unmöglichkeit im einzelnen nach.

Die Sachverständigen erklärten sich mit dem Standpunkt der Reichsregierung, in den zu machenden festen Gegenvorschlägen bis an die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit zu gehen, einstimmig einverstanden.

Das Reichskabinett hielt Freitag nachmittag eine dreistündige Sitzung ab, um zu den deutschen Gegenvorschlägen Stellung zu nehmen. Der Sitzung wohnten nur die Mitglieder des Kabinetts in Anwesenheit des Reichspräsidenten bei. Ueber die Sitzung wird amtlich nur mitgeteilt, daß über die deutschen Vorschläge für die Londoner Konferenz Beschluß gefaßt wurde.

Am Sonnabend wurden die Führer der Reichstagsfraktionen und die Mitglieder des Reichsrates mit den Beschlüssen bekannt gemacht.

Minister Simons ist am Sonntag mit der Delegation, die sich, wie bereits gemeldet, in der Hauptsache aus Staatssekretären und Ministerialdirektoren der beteiligten Ministerien zusammensetzt, nach London abgereist. Die Sachverständigen bleiben in Berlin zurück, um auf Aufforderung von Dr. Simons sofort nach London nachzukommen.

Ein Treubekenntnis der Rheinländer.

Die Kölner Stadtverordnetenversammlung erklärte in einer einstimmig angenommenen Entschließung, daß auch die Anwendung der Pariser Zwangsmassnahmen die Rheinländer in ihrer Treue zum deutschen Volke nicht wanken lassen wird, und daß die schweren wirtschaftlichen Schäden für das Rheinland wie auch für die Reichsregierung zurückzutreten haben hinter die Gesamtinteressen des deutschen Volkes.

Gegen die Verflämung des deutschen Volkes. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat durch sein Amsterdamer Bureau an Lloyd George ein Telegramm geschickt, in dem es u. a. heisst:

„Die organisierten Arbeiter erachten eine Schadenersatzvergütung durch Deutschland für notwendig und gerechtfertigt; sie protestieren jedoch gegen Forderungen, die die Arbeiter Mitteleuropas eine volle Generation hindurch in Sklaverei stürzen, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas verhindern, den Haß zwischen den Völkern verschärfen und die Kultur vernichten würden.“

Am Anschlag daran fordert das Bureau von der Alliertenkonferenz die Feststellung einer gerechten Schadenersatzvergütung.

Der Beschluß der Orientkonferenz.

Wie die Allierten den Frieden im Osten herstellen wollen.

Wie vorausgesehen war, haben die Allierten in London keine endgültige Lösung des Orientproblems gefunden. Man will zunächst eine alliierte Kommission nach Ostasien und Smyrna senden, die dort — hauptsächlich in denjenigen Gebieten, die durch den Vertrag von Sevres Griechenland zugesprochen sind — die Nationalitätenverhältnisse genau untersuchen soll. Diese Konferenzentscheidung ist an die Bedingung geknüpft, daß die Türkei und Griechenland den Schiedsspruch dieser Kommission anerkennen. Ferner sollen sie ohne Vorbehalt die übrigen Bedingungen des Friedensvertrages von Sevres annehmen, die unverändert bleiben. Außerdem werden folgende Zusatzbedingungen gestellt: 1. Sofortige Einstellung der Feindseligkeiten; 2. Austausch der Kriegsgefangenen; 3. Bürgschaften für den Schutz der Minderheiten in den griechischen und türkischen Gebieten.

Die Türken haben sich bereits mit der Einsetzung einer Untersuchungskommission und der Übertragung der Entscheidung an eine internationale Konferenz einverstanden erklärt. Dagegen ist kaum zu erwarten, daß sie auch die übrigen Bedingungen des Friedensvertrages ohne weiteres annehmen werden. Der Vertreter der türkischen Gegenregierung in Angora hat vor der Entscheidung der Konferenz weitgehende territoriale und wirtschaftliche Forderungen gestellt.

Was den ersten Punkt anbelangt, so verlangte er für die europäische Türkei die Grenzen von 1913. In Kleinasien sollen nur die Gebiete freigegeben werden, die von einer arabischen Mehrheit bewohnt werden. Die Griechen müßten das Gebiet von

Smyrna räumen, das an die Türkei zurückfällt. Ferner fordern die Türken Schiffsahrtsfreiheit in den Meerengen, ohne die Sicherheit von Konstantinopel in Gefahr zu bringen, unter Anerkennung der türkischen Oberhoheit bei gleichzeitiger Schließung der Beseitigungen der Meerengen; genügende See- und Landstreitkräfte zur Verteidigung der Küsten und Grenzen sowie zur Wahrung der Ordnung im Innern; Umgestaltung der Gendarmerie unter Mithilfe ausländischer Offiziere, Zurückziehung der fremden Truppen aus Konstantinopel und aus der Türkei nach der Ratifizierung des Vertrages.

Was die finanziellen und wirtschaftlichen Fragen anbetrifft, so verlangen die Türken vollständige wirtschaftliche und finanzielle Unabhängigkeit und Abschätzung der gegenseitigen Schäden und Entschädigungen. Alle diese Forderungen laufen aber auf eine Aenderung des Friedensvertrages von Sevres hinaus, die von den Allierten, und besonders von Lloyd George, ausdrücklich abgelehnt wird.

Ebenso wenig wie die Türken sind auch die Griechen von der Entscheidung der Londoner Orientkonferenz befreit. Der griechische Ministerpräsident erklärte, er müsse über die Konferenzvorschläge erst seinen Ministerrat in Athen berichten, die zu drei verschiedenen Parteien gehörten. Er werde die Stellungnahme der griechischen Regierung mitteilen, sobald er aus Athen eine Antwort erhalten habe. Es ist jedoch kaum mit der Zustimmung der griechischen Regierung zu rechnen. In Thrazien ist der türkische Bevölkerungsanteil zwei eilos in der überwiegenden Mehrheit, und auch die Smyrna-Enklave weist der Bevölkerung nach kaum eine griechische Mehrheit auf. Die Kommission müßte also zweifellos zu einer für die Griechen nachteiligen Entscheidung kommen. Das griechische Volk jedoch betrachtet diese Gebiete als wohlverdiente Siegelbeute und wird sie niemals gutwillig räumen.

Wo bleibt da die erhoffte Lösung des Orientproblems? Man geht einer klaren Entscheidung gelfentlich aus dem Wege und überläßt es einer Kommission, die Interessengegenstände der großen Staaten auf Kosten der kleinen Völker auszugleichen und den „Frieden im nahen Osten“ wiederherzustellen. Zu einem solchen Entschluß hätte es fürwahr einer Orientkonferenz in London nicht bedurft.

Aus Stadt und Land.

Feierlicher Empfang des Kölner Kardinals. Erzbischof Dr. Schulte, der sich in diesen Tagen zur Entgegennahme der Kardinalwürde nach Rom begibt, wird voraussichtlich am Samstag, den 26. März, von Rom zurückkehren. Borgehehen ist die feierliche Abholung zu Schiff an der Grenze der Erzdiözese in Königswinter. Am Ostermontag wird der Kardinal das feierliche Pontifikatamt im Dom abhalten. Am Osterdienstag wird eine große Festversammlung in der Bürgergesellschaft stattfinden, in der der Kardinal erscheinen wird.

Stillelegung der Vulkanwerft. Freitag nachmittag sind die Vulkanwerke in Steffeln geschlossen worden; die ganze Arbeiterchaft wurde ausgesperrt. Der Grund zu dieser Massnahme ist darin zu suchen, daß ein Teil der Schiffbauwerft einigen Tagen passive Resistenz ausübte und die Arbeitswilligen durch Gewalt an der Arbeit verhinderte. Es kam wiederholt zu Tätlichkeiten. Auch Betriebsratsmitglieder wurden angegriffen. Die Werft hat sich deshalb gezwungen gesehen, bis zur Wiederkehr geordneter Verhältnisse die Werke zu schließen. Die Aussperrten sind sofort entlassen worden.

75 000 Mark Lohngebelde geraubt. Ein Angestellter der Alltengelgesellschaft Tabakfabrik Rinn u. Closs in Heudelsheim (Oberheffen) wurde bei Waldgimes überfallen. Die Räuber entwendeten ihm 75 000 M. Lohngebelde.

Die Dresdener Getreidehiebungen. Der bekannte Dresdener Hofrat Rosenthal, der wegen Getreidehiebungen von der Dresdener Staatsanwaltschaft verfolgt wird, und sich seit mehreren Wochen im Sanatorium Sarow bei Berlin aufhielt, ist im Krankenautomobil nach Dresden in das Untersuchungsgefängnis gebracht worden.

Leichenraub in Kleppelsdorf. Der Doppelmord auf Schloß Kleppelsdorf in Lahn im Riesengebirge hat ein zweites unheimliches Verbrechen im Gefolge gehabt. Das Grab der ermordeten Gutsbesitzerin Dorothea Mohrstedt ist auf schändliche Weise geöffnet und die Leiche beraubt worden. Die Täter hatten, da sie den Deckel des schweren Sarges nicht öffnen konnten, ein Loch in den Deckel gestemmt. Dann hatten sie der Toten das weißseidene Kleid, in dem sie beerdigt war, und die Schuhe ausgezogen, ferner trennten sie von dem Unterrock die wertvollen Spitzen ab. Die Täter waren auch an andere Gräber herangegangen und hatten dort die Särge geöffnet, aber nichts gestohlen. Bis jetzt ist man den Grabhändlern noch nicht auf die Spur gekommen.

Von der Tochter erschlagen. Die 25-jährige Tochter des Klempnermeisters Schöpp in Fullendorf bei Weimar erschlug, der „Post. Ztg.“ zufolge, ihren Vater mit einem Beil, während er im Bett lag. Sie verübte die Tat, um in den Besitz der Wirtchaft zu kommen und heiraten zu können.

Millionenschaden durch Viehstehlen in Bayern.

Nach einer Mitteilung der bayerischen Regierung im Landtage hat die Maul- und Klauenseuche in Bayern einen Schaden von 174 Millionen Mark angerichtet. Es sind über 7200 Tiere gefallen und 45 000 Rottschälungen vorgenommen worden.

Englische Annahme. Ein bewaffneter englischer Handelsdampfer namens „Camp Riva“ liegt zur Zeit im Bremer Hafen an den Getreideverfrachungsanlagen in der Nähe der Alltengelgesellschaft Weser. Der Dampfer führt mit echter englischer Unverfälschung ein 10,5 Zentimeter-Geschütz schußfertig aufmontiert auf dem Achterschiff, als wenn der Krieg noch in vollem Umfange wütete. Abgesehen davon, daß diese englische Annahme gegen die internationale Seegesetzgebung verstößt, mag in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, wie deutsche Handelsdampfer und ihre Besatzungen in englischen Häfen immer noch behandelt werden. Der Kapitän soll die deutsche Flagge niederholen lassen, war das erste, was ein englischer Lotse kürzlich beim Betreten eines deutschen Dampfers, der im Begriff war, in einen englischen Hafen einzulassen, sagte. Und als der deutsche Schiffsführer sich weigerte, dieser Aufforderung nachzukommen, drohte der Engländer von Bord zu gehen.

Handschristendiebstahl in der Wiener Universität. Aus der Universitätsbibliothek, wo 48 älteste Handschriften und wertvolle Bücher aufbewahrt werden, wurden wertvolle Werte von unbekannten Tätern gestohlen. Die gestohlenen Werke repräsentieren einen Millionenwert.

Rückholforderung an Journalisten. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Rohde, der kürzlich in einer Wahlrede in Schweidnitz die Presse als „feile Dirne“ bezeichnete, die für Geld für alles zu haben sei, wogegen der Reichsverband der deutschen Presse aufs schärfste protestierte, forderte nunmehr den Chefredakteur der „Dresdener Morgenzeitung“, Hingst, und den verantwortlichen Redakteur der „Dresdener Zeitung“, Dr. Langenstraßen, die ebenfalls gegen jene Beschimpfungen Stellung genommen hatten, auf Rückhol.

Deutsche Ministerreden.

Der deutsche Außenminister Dr. Simons hat in der abgelaufenen Woche in verschiedenen süddeutschen Ländern seinen Antrittsbesuch gemacht und sich dabei über die Stimmung des Volkes gegenüber den Pariser Zumutungen vergewissert. In Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt hat der Minister sich über die Lage geäußert und den festen Willen bekundet, keinesfalls Unrechtsgut und Unerfüllbares zu unterzeichnen. Seit Kollege, Finanzminister Dr. Wirth, hatte am 12. Februar in Münster über die Erfüllbarkeit — bzw. Unerfüllbarkeit der Zahlungsverpflichtungen von Paris gesprochen.

Die Drohungen, an denen es besonders die französische Presse nicht hat fehlen lassen, haben den Entschluß des deutschen Volkes nicht wankend machen können. Fortgesetzt finden von Angehörigen aller Schichten und Berufe in allen möglichen deutschen Städten Massenversammlungen statt, in denen gegen die Verführung der deutschen Zukunft protestiert wird. Die gegenwärtig in London tagende Orientkonferenz läßt erkennen, was Englands Entschädigung dafür ist, daß es Deutschland an Frankreich ausgeliefert hat. Eine Reihe hervorragender deutscher Wirtschafts- und Finanzkennner hat sich in Berlin zur Ausarbeitung der deutschen Gegenvorschläge zusammengefunden. Es handelt sich nicht nur darum, eine für die deutsche Wirtschaft erträgliche Lösung zu finden, sondern auch für die Durchführung der Gegenvorschläge die Garantie der hervorragenden daran Beteiligten und dafür Verantwortlichen zu schaffen. Am 1. März treten der Reichskanzler, Außenminister Dr. Simons, Finanzminister Dr. Wirth und Wirtschaftsminister Dr. Scholz vor die leitenden Verbandsführer, um für eine erträgliche deutsche Zukunft zu kämpfen. Die Aussichten für den Erfolg sind gering. Sie zerfallen aber in nichts, wenn sich das deutsche Volk etwa in seiner heute so feierlich bekundeten Gesinnung irre machen lassen sollte.

Alte und neue Sklaverei.

Ist die Kultur fortgeschritten? !! Die Sklaverei ist abgeschafft, behauptet man in den Ländern, die sich zu den Kulturstaaten rechnen. Das mag insofern stimmen, als man dort nicht mehr einzelne Menschen auf den Markt bringen kann. Aber es scheint der modernen Kultur nicht zu widersprechen, wenn man ein ganzes Volk in Sklaverei treibt.

Sollte es nach dem Willen der Scharfmacher gehen, so würde die Londoner Konferenz ein Sklavenmarkt im größten Stil. Nach ihrem Pariser Plan soll das deutsche Volk ins Joch der Sklavenarbeit gespannt werden. Vorkünftig auf 42 Jahre, die Zwangsarbeit kann aber auch noch verlängert werden, wenn die Herrschaft an den Leistungen etwas zu bemängeln findet. Es ist keine rednerische Uebertreibung, wenn wir das Schicksal, das uns zugebracht ist, mit dem Worte Verflämung bezeichnen. Die Sache ist beim richtigen Namen benannt. Wir sollen arbeiten im Schweisse unseres Angesichts, rechtlos und hoffnungslos, unter der Peitsche der Wägte zur Bereicherung der Gebieter.

Stellt darin mehr Menschlichkeit, als in der vielgeadelten Sklaverei der früheren Zeit? Der Sklavenhalter von damals betrachtete den Leibeigenen, den er gekauft oder ererbt hatte, als eine Sache von Wert und behandelte sie dementsprechend um fei-

neß eigenen Vorteils willen. Vor allem gab er dem
Skaffen Nahrung, weil er wußte, daß ein Hunger-
leider nicht arbeitsfähig bleibt und vorzeitig verbraucht
wird. Sorgen die modernen Sklavensklaver für die
Ernährung des Volkes, das für sie schwitzen und schuften
soll? Nein. Sie sehen, daß wir unter der Kriegs-
blockade arg unterernährt worden sind, sie wissen, daß
die deutsche Landwirtschaft nicht hinreichend Nahrungs-
mittel für 60 Millionen schaffen kann; sie haben uns
trotzdem eine Masse von bestem Milch- und Eizug,
fortgenommen und sagen nun kaltblütig, was wir
brauchten, sollten wir uns kaufen. Wie soll aber der
Sklave seinen Lebensunterhalt bezahlen, wenn der Herr
ihm den letzten Groschen aus der Tasche abpreßt?

Der Sklavensklaver von früher lieferte seinen
Zwangsarbeitern die Gerätschaften und die Rohstoffe,
die sie in ihren Werkstätten gebrauchten. Jetzt geht's
anders. Maschinen, Lokomotiven, Wagen, Schiffe usw.
hat man uns massenhaft entzogen und findet noch
immer neue Vorwände, um unsere Produktions- und
Verkehrsmittel zu beschneiden. Die unbedingt notwen-
dige Kraftquelle der Kohle wird nach dem Diktat
von Spa ausgepumpt, daß man drüben Ueberfluß an
Kohlen hat und bei uns zu Lande die Industrie wegen
Kohlenmangels zur Kurzarbeit oder gar zur Still-
legung genötigt ist. Und die Rohstoffe? Die sollen
wir uns wieder kaufen. Kaufen und bezahlen aus un-
seren entleerten Taschen!

Der Sklave in der Vorzeit brauchte sich wegen
des Abfahrs seiner Erzeugnisse keine Sorge zu ma-
chen. Der Herr besorgte die Verwertung des Arbeits-
produktes. Doch jetzt verlangen die Machthaber, daß
wir selbst die erzeugten Waren auf den Weltmarkt
bringen. Wenn nun der Weltmarkt sie nicht aufneh-
men will? Das kümmert die Sklavensklaver nicht. Sie
verlangen von uns den Milliardenbeitrag, auch wenn
wir nur mit Schaden oder gar nicht verkaufen kön-
nen. Ja, sie treiben den Widerstand auf die Spitze,
indem sie selbst dem Abfahr der deutschen Waren aller-
hand Schwierigkeiten machen, um ihre eigene Indu-
strie gegen den Wettbewerb zu schützen, dabei jedoch
den Tribut unverkürzt einfordern.

Auf der einen Seite schreiben sie uns vor, wir
sollten recht viel Waren verkaufen, damit wir uns mehr
Geld an sie abliefern könnten, und auf der anderen
Seite hemmen sie den Verkauf derselben Waren, aus
denen der verlangte Tribut bezahlt werden soll!

Das verstoßt nicht bloß gegen alle Gerechtigkeit,
sondern ist zugleich ein Hohn auf die Naturge-
setze.

Kein Wunder, wenn wir einmütig eine solche Ver-
der Ausbeutung für ganz unmöglich erklären und
auch von den ärgsten Drohungen uns nicht bange ma-
chen lassen.

Was können sie uns tun? In Deutschland weiter
eindrücken? Die Regierung und die Verwaltung in ihre
gepanzerte Hand nehmen? Wenn es dazu kommt, wer-
den sie bald erkennen, daß sich aus dem verfluchten
Volke nichts herauspressen läßt, wenn man nicht für
Nahrung und Rohstoffe zahlt und zugleich die Arbeits-
willigkeit aufrecht erhält. Das wäre ein sehr schlechtes
Geschäft für die Weltwirtschaft. Sie würde bald durch
Schaden klüger werden.

In London wird jetzt der Versuch gemacht, schon
vor Eintritt des furchtbaren Schadens die Herrschaf-
ten zur Vernunft und Menschlichkeit zu bringen. Wenn
das nicht gelingt, so wird die Kultur um Jahrhun-
derte zurückgeworfen. Darum ist die moderne Skla-
verei noch viel schlimmer, wie die alte. F. N.

Londoner Duvertüre.

Briand über die deutschen Gegenanträge.

Noch vor Beginn der eigentlichen Entschärfungs-
verhandlungen in London hält es der französische Mi-
nisterpräsident für geboten, den Ton anzugeben, den
er auf der Konferenz anschlagen will. In einer Presse-
unterredung für das deutsche Bureau verkündet er
stolz, die französische Delegation sei nach London ge-
fahren.

Spitzen.

Roman von Paul Lindan.

Copyright 1920 by Wiemanns Zeitungsverlag, Berlin W 66.

„Wir verrechnen es später!“ meinte er. Unter Wildides
Arbeitsarmen arbeitete nun Hütte in größter Ruhe
und Behaglichkeit.

Hütte war ja auch gelernter Schlosser. In den
Nachmittagsstunden, wenn er vor jeder Störung von
der zurückgelassenen Dienerschaft sicher war, ging er in
das Toilettenzimmer, das er hinter sich verriegelte,
schob den Schrank ab und bohrte ihn nun kunstgerecht mit
dem Zentrumbor von hinten an. Er bereitete unten
und oben zwei runde Öffnungen vor, die groß genug
waren, um bequem die Hand durchzustrecken. Die beiden
Rundungen waren durch die Löcher so weit verbreitert,
daß ein einfacher starker Schlag mit der Faust voll-
kommen genügen mußte, um die vorgebohrte Stelle
einzudrücken und die Öffnung zu bilden.

Alles war bereit, man wartete nur, daß Bert
das Signal geben würde. Die Herrschaften waren mit
dem Herbst nach Berlin zurückgekehrt. Aber Bert
warte das verheißungsvolle Wort: Jetzt! noch immer
nicht sprechen. Es währte ihnen allen viel zu lange.
Wildide wurde sogar schon ungemütlich und mahnte.

Da schlug endlich am Abend des 21. Dezember
die heißersehnte Stunde.

Für alle Fälle hatte sich Wildide, ohne sich noch
viel von der Sache zu versprechen, doch die Vorsicht
gebraucht, Johann immer wissen zu lassen, wo er ihn
finden könne. Und so war denn Hütte nach der Goll-
nistrasse gefahren. Er fand ohne Mühe die ihm
bezeichnete Schankwirtschaft, die in der Verbacherstraße
den Namen „das graue Elend“ führte.

Hinter dem Lische stand eine ältliche, fauler ge-
kleidete Frau mit freundlichen Augen, die auf ihrem
Kopfe eine sehr kunstvoll getollte hohe Haube trug —
wie eine Mauerkrone mit allerhand Zinnen und Zaden,
durch ein breites rosa Seidenband miteinander ver-
schlungen. Diese fragte Hütte nach Herrn Wildide.

„Wildide? Wildide? Ach so, Sie meinen Humpel-
ricken? Da sitzt er ja! Da in der Ecke beim heiseren
Wachtel!“

Der „heisere Wachtel“ war ebenfalls ein bekannter
Einbrecher, der eigentlich Julius Heydel hieß, eine
ganz hübsche Tenorstimme besaß, auf die er sich sehr
viel einbildete, und der er den Spitznamen des „heise-
ren Wachtel“ zu verdanken hatte.

Wichtig, da sah er! Unter einem jämmerlichen
Deckel des neapolitanischen Fischerknaben von Gustav
Michter. Hütte klopfte ihm auf die Schulter. Wildide

kommen, um Deutschlands Gegenanträge anzuhören.
Frankreich habe in dem in Paris erzielten Abkommen
jedes Opfer gebracht, das möglich war. Frankreich
komme nicht mit einer vorergriffenen Ansicht und
sei bereit, alles anzunehmen, was die Lage
verbessern würde. Wenn Deutschland jedoch nur
über sein eigenes Elend jammern (!) will, dann wer-
den wir ihm, so erklärte Briand, auch zeigen, was
unser Elend ist. Wenn Deutschland nichts in seiner
Börse hat, dann soll es sie öffnen, damit wir selbst
nachsehen können. Will Deutschland dies nicht tun,
dann müssen wir eben

die Börse mit Gewalt öffnen.

Am dem Tage, an dem anerkannt wird, daß jede
Nation angreifen oder rauben kann und dann, um
der Strafe zu entgehen, nur zu erklären braucht, es
tue ihr leid, aber sie könne nicht zahlen, an dem Tage
gibt es keine Gerechtigkeit mehr in der Welt. Dann
bleibt nur noch ein Recht übrig, das der Stärke.

Ganz in den Rahmen dieser Ausführungen paßt
auch die Gabaanmeldung, daß die Londoner Konferenz
auf Anregung Briands beschlossen habe, den Mar-
schall Foch anzuhören. Gabaan glaubt, diese Auf-
forderung sei dem Wunsch der Alliierten zuzuschrei-
ben, in dem Augenblick, in dem die Verhandlungen mit
den Griechen abgeschlossen, Armenien wurde zur selb-
ständigen Republik erklärt, Arabien, Mesopotamien, Si-
licien und Ägypten wurden „Interessensphären“ der
Alliierten. Den Türken verblieb nur noch die alte
Hauptstadt Konstantinopel und das Innere Kleinasien,
und auch dieses Gebiet wurde finanziell und wirt-
schaftlich der Kontrolle der Alliierten unterstellt.

Während der Konstantinopeler Regierung sich unter
dem Druck der Entente dem Diktat der Alliierten
unterwerfen mußte, haben die türkischen Nationalisten
sich bisher standhaft geweigert, den Friedensvertrag
von Sevres anzuerkennen. Unter der Führung des aus
dem Weltkrieg bekannten Generals Mustafa Kemal
Pascha haben sie eine Gegenregierung in Angora
(Kleinasiens) gebildet und den militärischen Widerstand
gegen die Entente truppen organisiert. Sie verfügen
über eine starke Armee, die bis jetzt alle Angriffe der
Griechen und der Franzosen in West- und Südwestasien
erfolgreich abgelehnt hat. Trotz eines großen Trup-
penangebots ist es weder den Griechen noch den fran-
zösischen Truppen des Generals Gouraud gelungen,
die nationaltürkische Bewegung niederzukämpfen.

Die Alliierten befinden daher jetzt, auf dem Ver-
handlungswege zum Ziele zu kommen. Um eine
greifbare Lösung der Orientfrage herbeizuführen,
haben sie die Griechen und Türken nach London ein-
geladen. Hier stellten sich jedoch gleich zu Beginn der
Verhandlungen große Gegensätze zwischen den Alliierten
selbst heraus. Lloyd George macht aus seiner Abnei-
gung gegen eine Revision des Vertrages von Sevres
kein Geheimnis und denkt nicht daran, Ägypten, Palästina,
Arabien und Mesopotamien wieder herauszugeben. Sein
Plan geht dahin, diese Länder zu Vassallenstaaten des
britischen Weltreiches zu machen. In Palästina ist
bereits der englische Gouverneur Samuel. In Arabien
und Mesopotamien wollen die Engländer ein großes
arabisches Reich errichten, an dessen Spitze der von
den Franzosen aus Syrien vertriebene Emir Faisal
treten soll. Die Franzosen dagegen wollen die frei-
willigen Gebiete unter türkischer Souveränität belassen, weil
sie befürchten, daß sonst ihr alter Einfluß in diesen
Gebieten von den Engländern zurückgebrannt werden
könnte.

Es sind die alten Interessengegenstände der beiden
Entente-Mächte, die nun in London wieder einmal sehr
deutlich zum Vorschein kommen. Ob es unter diesen
Umständen in London zu einer endgültigen „Lösung“
des Orientproblems kommen wird, ist wohl mehr als
fraglich.

Da auch die Araber vor dem Entscheid gehört
werden sollen, ist ein langwieriges Verfahren zu er-
warten. Die Vertreter Kemal's, die die „Times“
feststellt, mit vorbildlich europäischer Eleganz auf-
traten.

erhöb sich, sobald er Johann erblickt hatte, und die
beiden verließen das Lokal, ohne ein Wort miteinander
gewechselt zu haben.

„Na?“ fragte Wildide.

„Also heute abend?“

„Endlich! Zu welcher Zeit?“

„Reinesfalls vor zwölf. Sie ist auf dem Walle.“

Der Wagen ist auf dreiviertel zwölf bestellt.“

„Und jetzt haben wir?“

„Ingefahr halb elf.“

„Dann gehe ich gleich los. Hoffentlich finde ich
Hosen noch in der Friedrichstraße. Aber wie immer...“

„Johann liegt wieder in die Droschke, die an der
Ecke wartete. Auf dem Schloßplatz ließ er halten; er
kaufte auf dem Weihnachtsmarkt schnell noch ein Palet
Kieserluchen für den Kutscher und zwei Schachteln
Spielzeug für die Portierkinder und fuhr dann bis
zur Ecke der Behren- und Mauerstraße. Er ging an
Bertas Fenster vorbei und hüpfte. Das bloß an-
gelegte Fenster wurde etwas geöffnet.

„Er kommt!“ jagte Hütte und trällerte ein Lied-
chen.

„Er hört, wie das Fenster geschlossen wurde.“

Kurz nach elf läutete er an. Dem Portier übergab
er die Spielsachen, die dieser seinen Kindern am Heilig-
abend aufbauen sollte; der Portier war über diese Auf-
merksamkeit sehr gerührt. Dann begab sich Hütte auf
seine Stube, die ihr Fenster nach der Wilhelmstraße
hinaus hatte, zog seinen Straßenanzug aus und legte
seine Livree an.

„Ich werde die Frau Gräfin abholen“, sagte er zu
Bob, der in der Vorhalle wartete. „Du kannst schlafen
gehen.“

Nachdem er den schweren Kelch mit dem mächtigen
Kragen übergezogen hatte, kletterte er auf den Bod-
en und zwanzig Minuten vor zwölf fuhr die gräfliche
Equipage beim Baron von Heddersdorf vor. Er hatte
sich auf dem Boden nach allen Richtungen umgesehen.
Die Wilhelmstraße war menschenleer — eine weite
schneeige Fläche vom Platz bis zu den Linden.

Wildide war noch schnell zu einem Geschäftsfreunde
in der benachbarten Mehrerstraße hinaufgesprungen
und hatte dem gesagt: er möge nachbleiben und dafür
Sorge tragen, daß man unauffällig in das Haus kom-
men könne, es würde sich wohl etwas ereignen. Dann
hatte er ebenfalls eine Droschke genommen und war
nach der Friedrichstraße gefahren. Dort suchte er unter
den Damen, die ihm diese Stunde in der auch nachts
belebten Straße lustwandeln, seine Nase, und er fand
sie auch.

Die beiden gingen zusammen plaudernd gemäch-
lich dem Wilhelmplatz zu.

ten, haben das Vorurteil einer Räuberbande öffent-
lich gemildert. Auch macht das von Bekir Sami in
einem Interview ausgesprochene Programm einer neuen
unabhängigen türkischen Türkei gewisse Einbrüche
kennzeichnend ist, daß die „Morningpost“ als Gegen-
mittel gegen einen angeblich deutsch-türkisch-bolsche-
wistischen Zusammenschluß die Verstärkung der engli-
schen Front verlangt, woraus ersichtlich ist, daß
die Orientfrage, an der Deutschland völlig unbeteiligt
ist, im Pressefeldzug gegen Deutschland, der als Vor-
bote der Reparationsverhandlungen bereits in vollster
Schärfe einsetzt, als Agitationsmittel benutzt wird.

Soziales.

Lebenerneuerungszuschüsse für ländliche Be-
bauungsflächen. In den Jahren 1919 und 1920 sind
von den Lebenerneuerungszuschüssen und Reichsdarlehen
nur höchstens fünf Prozent den ländlichen Siedlung-
gen zugeflossen. Es sind also bei der Verteilung der
Lebenerneuerungszuschüsse die Städte und Industrie-
bezirke ganz wesentlich bevorzugt worden. Um eine
entsprechende Berücksichtigung bei der Verteilung der
Lebenerneuerungszuschüsse für Wohnungs- und Siedlung-
bauten zu ermöglichen, hat der Reichslandbund bei
den zuständigen Ministerien beantragt, daß in Zukunft
die für diese Zwecke ausgeworfenen Mittel grundsätzlich
getrennt werden in solche für städtische und vorstäd-
tische und solche für ländliche Wohnungsbauten. Es
hat gefordert, daß von den über hundert Millionen Mark
in Preußen, die bereits für Lebenerneuerungszuschüsse
für dieses Jahr zur Verfügung gestellt sind, eine Trennung
dieser Mittel derart erfolgt, daß mindestens ein
Drittel, also rund 33 Millionen Mark, dem Land-
wirtschaftsministerium direkt für ländliche Wohnungs-
und Siedlungszwecke sowie für ländliche Wohn-
anlagen bereit gestellt werden.

Der Entscheidungstag für Ober- schlesien.

Abstimmung am 20. März.

Wie bereits gemeldet, haben die Alliierten auf der
Konferenz in London beschlossen, die Interalliierte
Kommission für Oberschlesien aufzulösen, die Ab-
stimmung für den 20. März oder einen anderen Termin
festzusetzen, der von diesem Datum nicht allzuweit ent-
fernt wäre. Ebenso war von der Konferenz die gleich-
zeitige Abstimmung aller ober-schlesischen Landes-einwoh-
ner und auswärts wohnenden Abstammungsberechtig-
ten festgesetzt worden. Wie die folgende Meldung zeigt,
ist die Interalliierte Kommission der Aufforderung der
Londoner Konferenz jetzt nachgekommen:

Dresden, 23. Februar. Von der Interalliierten
Kommission wird amtlich mitgeteilt: Durch Vor-
schrift der Interalliierten Regierungen- und Reichs-
kommission für Oberschlesien vom 23. Februar 1921
findet die Volksabstimmung für alle Stimmberech-
tigten am Sonntag, den 20. März 1921, statt.

General Le Rond hat Dresden verlassen. Seine
Abreise wird begründet mit dem Gesundheitszustand
seiner Mutter, die ihn nach Frankreich berufen habe.

Nichttritt des polnischen Außenministers.

Der Beschluß der Alliierten über die Volksabstimmung
in Oberschlesien hat die polnische Regierung sehr
enttäuscht. Die französische Presse spricht bereits von
dem Nichttritt des polnischen Außenministers. Der
„Temps“ erklärt unter Vorbehalt, daß der polnische
Außenminister Jurek Sapieha keine Demission ge-
geben habe. Sapieha sei mit der Entscheidung der
Londoner Konferenz, die Volksabstimmung in Ober-
schlesien an einem Tage stattfinden zu lassen, nicht ein-
verstanden. Er werde seine Demission dem Marschall
Bismarck sofort nach seiner Rückkehr nach Warschau
bekannt geben.

VL.

Die Spitzen der Berliner Gesellschaft waren heute
in den großartigen Festräumen des Barons von Hed-
dersdorf vereinigt. Zur Aufrechterhaltung der Ord-
nung hielten vor dem Torweg in der Behrenstraße
reitende Schutzleute, die den Kutschern ihre Weisungen
zuriefen.

Alle waren in dieser Gesellschaft, deren Mitglieder
sich fast alleamt genau kannten, eine neue Erscheinung.
Sie erregte das größte Aufsehen und bezauberte alle
Welt durch die wunderbare Lieblichkeit und holde Mäd-
chenhaftigkeit ihrer frisch erblühenden Gestalt, ihres
ganzem Wesens, durch den berückenden Ausdruck ihrer
erschauten, strahlenden dunkelblauen Augen.

Sie fühlte, daß man ihr von allen Seiten mit
vollkommenster Artigkeit, ja mit wahrer Sympathie
entgegenkam, und das machte sie heiter und froh. Und
der Glanz dieser Gesellschaft, dieser kostbaren Toiletten
der Damen, dieser fleischamen und prächtigen Uniform-
men, das lustige Treiben, die rauschende Musik — es
hatte für ihr noch ungetriebenes Auge und Ohr etwas
Blendendes und Betäubendes, für ihre unerfahrenen
Sinne etwas wohlthätig Verwirrendes. Und sie kam kaum
zu Atem, kam aus dem tiefen Knitzen und dem sanften
Ritzen des Kopfes gar nicht heraus: da wurde sie
vorgestellt, da wurde ihr vorgestellt. Und es machte
sich alles ganz von selbst: sie hatte es sich viel ver-
vielfacht gedacht. Hätte sie das gewußt, hätte sie die
arme Diane, die so entsetzliche Abneigung gegen den
Besuch dieses Salles gezeigt hatte, gewiß nicht so ge-
quält.

Wenn Alfr ganz ehestig gewesen wäre, dann hätte
sie sich gefanden, daß sie für den Genuß, den dieser
liebe Ball ihr bereite, für die Huldigungen, deren
sie sich freute, eigentlich doch nur deshalb die volle
Empfangsbereitschaft besaß, weil er in ihrer Nähe war.
Weil er ihr gesagt hatte, sie sehe reizend aus, weil
er seinen Arm um ihre Hüfte legen und sie sich
an ihn schmiegen durfte, um mit ihm durch den Saal
zu fliegen — und jetzt Alfr war ein vorzüglichster
Fänger: er hatte in seinen jüngsten Jahren geradezu
seinen ganzen Ehrgeiz daran gesetzt, die Schwärmer-
keiten, die ihm die vorerbetete Schwäche seines linken
Füßes bereitete, durch kunstfertige Ausbildung zu über-
winden — weil sie zwanglos ihren Arm in den seinigen
legen und sich mit ihm in beglücktem Geplauder
durch die dichten Gruppen der Gänge hindurch drängen
konnte.

Immer wieder hatten sich die beiden zusammen-
gefunden, unauffällig und auch unwillkürlich. Und
wenn sie in der gesellschaftlichen Strömung wieder
zusammengerieten, hatten sie vergessen, daß sie aus-

Die Wahl.

Immer
„Wenn die
die Wahlen zu
selbst zweckmäßig
rung schaffen.“

Diese Aufga-
ben Wahlen schon
gangen ist. Bei
einem Uebergewicht
partei könnte. Nach
Parteien bilden
meinsten Arbei-

Der „Mitt-
Zachlage. In de
sammlung hat
zahl von Wanda
einer roten Meh-
rerschaft träumen
herkunft und die
unter den soziali-
stischen Wahlkrie-
ge am 20. Febru-
der mehrheitssozi-
altraktische Stör-
keren Flügel her-
von links ausge-
stiegen. Parteien
Reichstage. Doch
servativen und
man an eine
förmte. Die ge-
zusammen bröck-
den auch mit den
Fraktion noch ge-
Mehreheit kommen
trum, und das
sich auf ein sol-
Barum nicht
grundfähigen u-
einfache Erkennt-
die der äußere
Die Mehrheitssozi-
und ordnungslos
servative Regieru-
mit ihren radikale
senstamf, gegen
schlimmere Wirre-
ooriges Jahr der
land würde man
„militärisch“ und
müsse man es v-
vergewaltigen.

Was uns no-
die ungehörte
erträgliche Verhö-
wie das andere
Politik in dem
Geiste der Samm-
ligen und ordnun-

Das ist die
hat der Führer
Minister Dr. H-
schärfste bekämpf-
dabei niemals ei-
könnte, die „rück-
Militärischkeit
sichere Attitude,
viel Reizendes
der Verhältnisse
enden Volkes
ingsum gehen
Die Gesamtheit
vor die bedächti-
Wahlresultate
träger dieser Par-
teie und das Zentru-
m, in so fähig
men, in aller
den zurückgekehrt.

Aber die
vollständige Klar-
tieren haben sich
nämlich die Mehr-
partei. Es hand-
in die Regierung
der eintreten soll-
tion durch den
erweitert werden
beiden Parteien
der das Zentrum
ragt.

Auf jeden
unter der Samm-
So entspricht es
Wähler, die von
haben, bleiben
ist den alten ar-

Finanbergriffe
mit anderen hat-
haft entwunden
nur in der Ger-
Anschließend
geheim Alfr nicht
Damen, und B-
jedem anderen
führte, gerade so
wie dem Fürsten
Karole, die gut
lungen Leuten
Die einzige
nende Wunde
führte, war Graf
Sie besaß
in nicht geböh-
rte nicht geling-
litterte um ihr
dend, fast verhö-
erfundigte sich

Zu dem Alfr
und wie zu
den Ergüssen
da schürte sich
empfind ein ti-
Was fehlt
rend sie sich
von Verwirr-
Sowas, daß
wirklich etwas
frieden mit dir.

Die Wahlen und die Gewählten.

Immer noch: Politik der Mitte.
Wenn die Wähler gesprochen haben, dann haben die Gewählten zu tun. Die Volksvertretung muß sich selbst zweckmäßig einrichten und eine tüchtige Regierung schaffen.

Diese Aufgaben sind leicht zu lösen, wenn aus den Wahlen schon eine geschlossene Mehrheit hervorgegangen ist. Bei uns gibt es aber keine Partei mit einem Übergewicht, das zur Alleinherrschaft ausreichen könnte. Nach wie vor muß sich eine Gruppe von Parteien bilden, eine sogenannte Koalition zur gemeinsamen Arbeit in Gesetzgebung und Verwaltung.

Der „Mittel nach rechts“ ändert nichts an dieser Sachlage. In der bisherigen preussischen Landesversammlung hatte die Sozialdemokratie eine so große Zahl von Mandaten, daß man dort eine Zeitlang von einer roten Mehrheit und einer einseitigen Klassenherrschaft träumen konnte. Die moskowitzsche Strengkombe und die sonstige Verschärfung der Gegenstände unter den sozialistischen Richtungen machte einen derartigen Wahlsieg der politischen Massen unmöglich. Die Wahl am 20. Februar führte nicht bloß eine Schwächung der mehrheitssozialistischen Fraktion, sondern sogar eine beträchtliche Stärkung der Rechtsparteien auf dem anderen Flügel herbei. Somit ist die Klassenherrschaft von links ausgeschaltet, das Übergewicht der „bürgerlichen“ Parteien im Landtag ebenso gesichert, wie im Reichstage. Doch andererseits ist der Gewinn der Konservativen und Nationalliberalen nicht so groß, daß man an eine Klassenherrschaft von rechts denken könnte. Die genannten beiden Rechtsparteien haben zusammen höchstens 130 Mandate von 414. Sie würden auch mit den 25 Mandaten, die der demokratischen Fraktion noch geblieben sind, nicht zur parlamentarischen Mehrheit kommen. Es ginge nicht ohne das Zentrum, und das Zentrum denkt natürlich nicht daran, sich auf ein solches Abenteuer einzulassen.

Warum nicht? Abgesehen von allen anderen grundsätzlichen und praktischen Bedenken genügt die einfache Erkenntnis, daß dabei sowohl der innere, wie der äußere Frieden in Gefahr gehen würde. Die Mehrheitssozialisten, die sich bisher als arbeitswillig und ordnungsliebend gezeigt haben, würden eine konservative Regierung als Kriegserklärung betrachten und mit ihren radikalen Nachbarn zusammen einen Kampfschrei „gegen die Reaktion“ entfesseln, der noch viel schlimmere Wirren und Wunden im Gefolge hätte, als voriges Jahr der Kappstreik. In Frankreich und England würde man behaupten, Deutschland sei wieder „militärisch“ und bereite sich zum Revanchekrieg; also müsse man es vollends ausplündern und noch weiter vergewaltigen.

Was uns not tut zur Rettung des Vaterlandes, ist die ungehörte Arbeit in unseren Verfassungen und die erträgliche Verständigung mit den Siegern. Das eine wie das andere läßt sich nur erreichen, wenn unsere Politik in dem bisherigen Geleis fortgeführt wird, im Geiste der Sammlung, der Koalition aller arbeitswilligen und ordnungsliebenden Kräfte.

Das ist die „Politik der Mitte“, und die hat der Führer der Deutschnationalen, der ehemalige Minister Dr. Hergt, in seiner Wahlrede auf das schärfste bekämpft. Er erklärte sie für grundfalsch, weil dabei niemals eine große Parteigruppierung entstehen könnte, die „rückwärtslos“ ihr Ziel durchsetze. Ja, die Rücksichtslosigkeit, das feste Betten und Wägen, die solche Attäde, das tollkühne Gasardspiel, — das hat viel Reizendes für Waghals und ungebildete Opfer der Verhältnisse. Aber die Regierung eines stolischen Volkes muß bei jedem Schritt die Augen ringsum gehen lassen.

Die Gesamtlage gebietet dringender als jemals zuvor die bedächtige Politik der Mitte, und das jüngste Wahlergebnis spricht in demselben Sinne. Der Hauptträger dieser Politik der Mitte war das Zentrum, und das Zentrum ist trotz der Last der Verantwortung, die es in so schweren Zeiten mit sich genommen, in alter Frische auf seinen ausschlaggebenden Posten zurückgekehrt.

Über die Haltung des Zentrums herrscht auch vollständige Klarheit und Sicherheit. Neu zu orientieren haben sich augenblicklich zwei andere Parteien, nämlich die Mehrheitssozialisten und die Deutsche Volkspartei. Es handelt sich darum, ob die letztere Fraktion in die Regierungsguppe des Reichstages förmlich wieder eintreten soll und ob zugleich die preussische Koalition durch den Eintritt der Deutschen Volkspartei erweitert werden kann. Öffentlich nehmen sich diese beiden Parteien ein Muster an der Selbstlosigkeit, mit der das Zentrum sich in den Dienst des Vaterlandes stellt.

Auf jeden Fall bleibt es bei der Politik der Mitte unter der Sammelkraft des unentbehrlichen Zentrums. So entspricht es auch dem Volkswillen; denn diejenigen Wähler, die von einer Partei zur anderen gewechselt haben, bleiben nur eine Minderheit. Die Mehrheit ist den alten arbeitswilligen Parteien treu geblieben.

„Einandergedrungen gewesen waren.“ Die Zeit, die sie mit anderen hatten vergeben müssen, war ihnen traumhaft verschwunden; die wahre Wirklichkeit fühlten sie nur in der Gemeinamkeit.

Undeunend kimmerte sich Prinz Ulrich um Prinzessin Alix nicht mehr, als um andere hübsche junge Damen, und Prinzessin Alix war im Verkehr mit jedem anderen jungen Kavaller, der sie zum Tanze führte, gerade so mädchenhaft, freundlich und anmutig, wie dem Fürsten gegenüber. Fürst Engelbert und Karola, die gut aufpassten, waren daher auch mit den jungen Leuten sehr zufrieden.

Die einzige, die die volle Wahrheit wie eine schrillende Wunde von einem kalten stumpfen Werkzeug empfand, war Gräfin Juliane.

Sie besaß zwar die Gabe der Selbstbeherrschung in nicht gewöhnlichem Grade; aber heute wollte es ihr nicht gelingen. Ihre Nasenflügel zuckten, und es ätzte um ihre Mundwinkel. Sie sah wirklich leidend, fast verzweifelt aus, und Legationsrat von Berwick erkundigte sich teilnahmvoll nach ihrem Befinden.

„Ja kam Alix.“
Und wie Juliane das liebliche Mädchen im reizenden Erglänzen der mairischen Jugend so vor sich sah, da schürte sich ihr die Brust zusammen, und sie empfand ein tiefes Weh.

„Was fehlt dir denn, Diane?“ fragte Alix, während sie sich neben sie auf den Sessel setzte, den Herr von Berwick eben verlassen hatte. „Ich mache mir Vorwürfe, daß wir dich so gepeinigt haben. Du siehst wirklich etwas angegriffen aus! Ich bin gar nicht zufrieden mit dir.“

(Fortsetzung folgt.)

Das Problem des nahen Ostens.

Die türkischen Ansprüche auf der Londoner Konferenz.

Die Vertreter der Alliierten sind Mittwoch vormittag im St. James-Palast zusammengetreten, um die türkischen Delegationen anzuhören. Zuerst wurde die Abordnung von Konstantinopel eingeführt, sodann die Delegation der nationalistischen Regierung Kemal Paschas von Angora. Sie gaben nacheinander eine Darstellung der allgemeinen Richtlinien, nach welchen der Frieden im Orient wieder hergestellt werden könnte.

Der türkische Großvezir Fevzi Pascha hielt eine kurze Ansprache zugunsten seines Landes, die von Demam Mezani, dem türkischen Botschafter in Rom, unterstützt wurde.

Belir Sami Bei, der Vertreter von Angora, erklärte, nur die Nationalisten seien die wirklichen Vertreter des türkischen Volkes. Er fordere

die Aufrechterhaltung des türkischen Reiches, das ein unteilbares Ganzes bilde; nur die Gebiete dieser Nationen ausgenommen sein, die in ihrer Mehrheit von Arabern bewohnt würden. Die Grenzen dieser Gebiete sollten in Gemäßheit der Wünsche der Nationalisten und des Selbstbestimmungsrechtes festgelegt werden. Er forderte schließlich noch Freiheit der Meereengen und wies ausdrücklich darauf hin, daß er keineswegs die Absicht habe, den Alliierten Friedensbedingungen aufzuzwingen, sondern daß er sich voll auf die vernünftigen Entschlüsse der Konferenz verlasse.

Die in ihrer Form durchaus gemäßigten Darlegungen des Vertreters von Angora riefen bei den Konferenzteilnehmern einen günstigen Eindruck hervor. Die Konferenz hat die türkischen Delegationen ersucht, die Punkte des Vertrages von Sevres namhaft zu machen, deren Abänderung gewünscht wird. In der nächsten Sitzung werden die Alliierten die Vorschläge entgegennehmen.

Die alte Taktik der Alliierten! Vor jeder Konferenz läßt man den Marschall Foch als Schiedsrichter erscheinen, um die Deutschen unter Androhung von Gewalt zur Anerkennung der Entenforderungen zu zwingen. Die deutsche Delegation wird sich aber diesmal durch solche Schreidmittel nicht einschüchtern lassen. Weiß man doch auf deutscher Seite ganz genau, daß auch bei der Entente der Wille und Wunsch nach Verhandlungen vorhanden ist. Lloyd George selbst soll ja nach einer „Temps“-Meldung aus London erklärt haben, die Verhandlungen über die Reparationen würden jedenfalls 14 Tage dauern, weil er wolle, daß sie diesmal zu Ende geführt würden. Damit sind unsere Aussichten aber keineswegs besser geworden. Man will uns anhören, so versichert Briand. Dabei wird es aber vorausichtlich auch bleiben, denn an eine Herabminderung der Pariser Gesamtsumme denken die Alliierten gar nicht. Nur der „Zahlungsmodus“, wie die Pariser Presse sich ausdrückt, kann vielleicht eine Abänderung erfahren.

Trotz dieser trüben Aussichten werden unsere Vertreter zweifellos nichts unversucht lassen, um die Gegner von der Unersüßbarkeit ihrer Forderungen zu überzeugen. An Hand weitgehender Gegenanträge werden sie den Beweis dafür bringen, daß Deutschland bei der Wiederherstellung bis an die äußerste Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu gehen gewillt ist. Alle Forderungen, die darüber hinausgehen, müssen an ihrer Undurchführbarkeit scheitern und können deshalb vom deutschen Volke niemals anerkannt werden.

Aus Stadt, Kreis und Provinz.

Steinheim, 1. März.

* — **Beethoven-Abend.** Am nächsten Sonntag veranstaltet der Gesangsverein „Liederkreis“ im Saale des Hotel „Zur Krone“ einen Beethoven-Abend. Der Verein hat keine Arbeit geübt und nichts an Kosten gespart, um allen Liebhabern der Kunst einen gemächlichen Abend zu bieten. Als Solistin ist die Kammerfängerin Fräulein Albine Nagel vom Landestheater in Braunschweig gewonnen. Da ein schönes Konzert immerhin eine Seltenheit in Steinheim ist, so sollte kein Musikfreund diese Gelegenheit vorbeigehen lassen. Wir empfehlen noch, sich rechtzeitig mit einer guten Platzkarte zu versehen. Programm folgt in der nächsten Nummer.

* — **Märkte.** Viehmarkt am 2. März in Höxter, 9. und 22. März in Paderborn. Kram- und Viehmarkt am 10. März in Lügde, 15. März in Steinheim, 16. März in Blomberg, 22. März in Brakel, 30. März in Beverungen.

* — **Den 40. Hochzeitstag** konnte gestern das deutsche Kaiserpaar begangen. Das Schicksal hat's gefügt, daß es ihn nicht wie den silbernen Hochzeitstag begangen kann. Damals vermochte es diesen Tag in der Heimat zu einer Zeit zu feiern, da Deutschland mächtig dastand, Handel und Wandel in deutschen Gauen blühten. Heute muß es den 40. Hochzeitstag fern der Heimat erleben zu einer Zeit, da Deutschland ohnmächtig ist, Handel und Wandel schwer daniederliegen, Feinde auf deutschem Boden haufen. Möge es nur Gott der Herr fügen, daß ihm bessere Zeiten als die gegenwärtigen werden.

△ **Beratungsstellen für ausseidende Wehrmachtangehörige.** Durch die Verminderung des Heeres auf 100 000 Mann sind mit Ende des Jahres 1920 eine große Zahl von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften aus der Wehrmacht ausgeschieden. Unter ihnen sind viele Persönlichkeiten, die infolge ihrer speziellen Kenntnisse, ihrer Fertigkeiten und Fähigkeiten für bestimmte Stellen besonders geeignet sind. Um diese entlassenen Angehörigen der Wehrmacht an einer für sie passenden Stelle unterzubringen, in der sie nicht nur selbst befriedigende und lohnende Beschäftigung finden, sondern in der sie auch möglichst fruchtbare Arbeit für die Gesamtheit leisten können, sind Beratungsstellen für entlassene Wehrmachtangehörige eingerichtet worden, welche die für solche Stellenvermittlung nötigen Verbindungen haben. Die Entlassenen sind zwar auf diese Beratungsstellen aufmerksam gemacht worden, die Erfahrung lehrt aber, daß der Entlassene oft nicht geneigt ist, zumal wenn er durch die Entlassung aus dem Dienst verdrängt ist, solche Beratungsstellen in Anspruch zu nehmen. Es wird in solchen Fällen Sache der Angehörigen sein, für die ihren zu handeln und ihrerseits dafür zu sorgen, daß eine einer befriedigenden Tätigkeit zugeführt werden. Die Beratungsstellen sind bei folgenden Landesamtsämtern eingerichtet: Königsberg i. Pr., Stettin, Hamburg, Breslau, Magdeburg, Dresden, Jena, Karlsruhe i. B., Frankfurt a. M., Stuttgart, Münster i. W., Düsseldorf, Hannover und München.

* — **Arnsberg, 21. Februar.** Rittergutbesitzer Scheffer-Göndelhofen aus Wisseborn (Kreis Höxter) stiftete seiner Heimatgemeinde Sondern bei Arnsberg 100 000 Mk. für den Neubau der dortigen Hochschule, 100 000 Mk. für eine Kriegergedächtniskapelle und 250 000 Mk. für ein Krankenhaus in Sondern und zur Errichtung einer Lungenheilstätte für den Kreis Arnsberg 300 000 Mark.

* — **Kemisch, 28. Febr.** Angetrunkene Zivilisten versuchten Nachts einen Beamten der Schutzpolizei über das Geländer einer Eisenbahnbrücke in die Tiefe zu stürzen. Der in der Notwehr befindliche Beamte erschloß einen der Angreifer und verwundete einen anderen schwer.

Großer Fisch-Verkauf!

Donnerstag, 8 Uhr anfangend

(im Preise bedeutend ermäßigt) Schellfisch, Kaviar, grüne Heringe, Nieren-Bücklinge, kleine Goldbarsche ohne Kopf, 1a Zwiabeln, kleine Margarine 1/2 l. 11 Mk., Jede jeder Art billigst. Feiner Konfithonig aus reinem Zucker, Pfd. 4.70 Mk.

Edeka-Geschäft Steinheim.

Bekanntmachung!

Seitens der städtischen Körperschaften ist unterm 2. 11. 20. folgendes beschlossen:

Abänderung der Ordnung betr. die Erhebung eines Gemeindezuschlages zu der Reichsgrundsteuer.

Beisatz:

Die von dem Landesfinanzamt in Münster beantragte Abänderung der Reichsgrundsteuer vom 2. 12. 20. Januar 1920, findet ihre Zustimmung.

Hiernach beträgt der im § 1 zur Erhebung gelangende Zuschlag der Stadtgemeinde Steinheim nicht $\frac{2}{2}$ % sondern $\frac{1}{2}$ %.

§ 3 erhält folgende Fassung:

§ 3.

Die Veranlagung erfolgt durch das zuständige Finanzamt, solange aber die Verwaltung der Gemeindeversteuern den Finanzämtern nicht übertragen ist, durch den Magistrat als Grundsteuerversteher.

§ 5 fällt fort, weil § 40 Abs. 3 und 4 des Landessteuergesetzes bestimmt, daß dem Steuerpflichtigen gegen die Veranlagung die Rechtsmittel gemäß § 69 des Kommunalabgabengesetzes offen stehen.

Steinheim, den 25. Februar 1921.

Der Magistrat.

J. B.: Reineke.

Bekanntmachung!

Diejenigen Familien, welche bereit sind, erholungsbedürftige unterernährte Kinder aus dem Industriegebiet im Sommer 1921, evtl. gegen Zahlung einer angemessenen Entschädigung aufzunehmen, werden gebeten, bis zum 1. März 1921 dem Unterzeichneten entspr. Mitteilung zu machen.

Der Bürgermeister: J. B.: Reineke.

Todes-Anzeige!



Sonntag morgen gegen 7 Uhr entschlief im Brüderhause zu Paderborn nach überstandener Operation an Herzschwäche, mein lieber Sohn, mein guter Bruder, unser teurer Schwager und Onkel der

Landwirt

Anton Bonsen

im Alter von 54 Jahren, wohl vorbereitet durch einen frommen Lebenswandel und gestärkt mit den Gnadenmitteln der hlg. Kirche. Seine liebe Seele wird dem Gebete der Gläubigen und der Priester am Altare empfohlen.

Um stille Teilnahme bitten:

Ww. Konrad Bonsen
Familie Karl Nölker.

Steinheim, den 28. Februar 1921.

Das Seelenamt ist Donnerstag Morgen 7.15 Uhr. Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 4 Uhr vom Trauerhause, Höxterstraße aus statt.

Empfehle aus frischer Sendung in 1a Qualität:

Pflaumen, Apfelschnitte, Birnenschnitte, Sult. Rosinen, Korinthen, Haferflocken, Griesmehl, Maizena, Cacao, Palmöl, Pfund 13.50, Margarine 1 l. u. 12 Mk. Konfithonig in Pfundspaketen 4.70 Mk. Rübel per Ltr. 18 Mk., gelbe Kernseife Doppelstüd 5 Mk., Zwiebeln gesunde Ware, gebr. Kaffees, stets frisch.

Franz Döhre, Steinheim.

1 schwarzbuntes Mutterkorn abzugeben.

Von wem? sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

